

S-01 Geschäftsordnung LDK

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 29.03.2022
Tagesordnungspunkt: S.GO Neufassung Geschäftsordnung für LDK

Antragstext

1 § 1 Präsidium

- 2 1. Die Landesdelegiertenkonferenz bestellt auf Vorschlag des Landesvorstandes
3 ein Tagungspräsidium. Ergänzungen des Präsidiums aus der Versammlung sind
4 möglich. In der Regel wird über den Präsidiumsvorschlag mit den
5 eventuellen Ergänzungen aus der Mitte der Versammlung gemeinsam in offener
6 Abstimmung entschieden. Die gewählten Mitglieder des Präsidium des
7 Landesparteiirates und der*die Politische Geschäftsführer*in gehören dem
8 Präsidium als geborene Mitglieder an.
- 9 2. Die Mitglieder des Präsidiums vereinbaren untereinander, wer die Sitzung
10 leitet und wann jeweils eine Ablösung in der Sitzungsleitung erfolgt.
11 Der/die amtierende Sitzungsleiter*in kann gegen seinen/ihren Willen nicht
12 vom Präsidium und nicht während eines Tagesordnungspunktes abgelöst
13 werden.

14 § 2 Tagesordnung

- 15 1. Zu Beginn der Konferenz beschließt die Versammlung, in der Regel auf
16 Vorschlag des Landesvorstandes, die Tagesordnung. Nach Feststellung der
17 Tagesordnung dürfen andere Verhandlungsgegenstände nur beraten werden,
18 wenn nicht von einem Drittel der anwesenden Delegierten widersprochen
19 wird. Die Landesdelegiertenkonferenz kann jederzeit
20 Verhandlungsgegenstände von der Tagesordnung absetzen, soweit diese
21 Geschäftsordnung nicht anderes bestimmt.
- 22 2. Der/die Versammlungsleiter*in hat über jeden Gegenstand, der auf der
23 Tagesordnung steht, die Aussprache zu eröffnen.
- 24 3. Die gemeinsame Beratung gleichartiger oder im Sachzusammenhang stehender
25 Verhandlungsgegenstände kann jederzeit beschlossen werden.

26 § 3 Redebeiträge

- 27 1. Jedes Mitglied hat grundsätzlich Rederecht.
- 28 2. Wortmeldungen zur Sache sind schriftlich beim Präsidium einzureichen. Die
29 schriftliche Meldung enthält Name und Kreisverband des betreffenden
30 Mitgliedes. Wortmeldungen zur Geschäftsordnung können durch Zuruf
31 erfolgen.
- 32 3. Es darf nur sprechen, wem der/die Versammlungsleiter*in das Wort erteilt
33 hat. Will der/die Versammlungsleiter*in sich selbst an der Aussprache

- 34 beteiligen, so hat sie/er den Vorsitz abzugeben. Sie/er darf die
35 Versammlungsleitung zu diesem Beratungsgegenstand nicht erneut übernehmen.
- 36 4. Redelisten werden getrennt geführt. Jeder zweite Redebeitrag wird in der
37 Regel von einer Frau eingebracht, mindestens soll sichergestellt werden,
38 dass die Hälfte der Redezeit in der Gesamtdebatte auf Frauen entfällt. Ist
39 die Redeliste der Frauen erschöpft, so sind die Frauen der Versammlung zu
40 befragen, ob die Debatte fortgesetzt werden soll.
- 41 5. Die Reihenfolge der Redner*innen bestimmt sich nach der Reihenfolge der
42 Wortmeldungen.
- 43 6. Das Präsidium kann zu Beginn der Aussprache einer/einem oder mehreren
44 Berichtersteller*innen das Wort erteilen.
- 45 7. Der Landesvorstand kann, wenn es dem Verlauf der Debatte dient, unabhängig
46 von der Redeliste das Wort erteilen.
- 47 8. Die Aussprache wird im Voraus zeitlich begrenzt. Nach Ablauf dieser Zeit
48 wird die Aussprache beendet, unabhängig von den vorhandenen Wortmeldungen.
49 Eine Verlängerung kann auf Antrag durch die Versammlung beschlossen
50 werden.
- 51 9. Die Redezeit für die einzelnen Wortbeiträge wird vom Präsidium festgelegt
52 und beträgt in der Regel maximal 10 Minuten. Sie kann auf Antrag für
53 einzelne Tagesordnungspunkte verkürzt oder verlängert werden. Eine
54 Änderung der maximalen Redezeit während eines Tagesordnungspunktes ist
55 nicht statthaft. Überschreitet ein*e Redner*in seine/ihre Redezeit, soll
56 die/der Versammlungsleiter*in ihm/ihr nach einmaliger Mahnung das Wort
57 entziehen.
- 58 10. Menschen mit Behinderungen können vor ihrer Rede gegenüber dem Präsidium
59 eine Redezeitverlängerung von 15 Sekunden pro Minute Regelredezeit
60 beantragen. Die Beantragung erfolgt formlos. Das Präsidium entscheidet
61 über den Antrag.
- 62 11. Landesvorstand und Präsidium sorgen bei der Vorbereitung und Durchführung
63 der LDK dafür, dass mindestens die Hälfte der Redezeit für geloste
64 Beiträge zur Verfügung gestellt wird.
- 65 12. Der/die Versammlungsleiter*in kann Redner*innen, die vom
66 Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache verweisen. Ist ein*e Redner*in
67 während einer Rede dreimal zur Sache gerufen und beim zweiten Mal auf die
68 Folgen eines dritten Rufes zur Sache hingewiesen worden, so muss ihr/ihm
69 von dem/der Versammlungsleiter*in das Wort entzogen werden. Es darf
70 ihr/ihm in derselben Aussprache zum selben Verhandlungsgegenstand nicht
71 neu erteilt werden, sofern die Versammlung nicht anders beschließt.
- 72 13. Ist die Redeliste erschöpft oder meldet sich niemand mehr zu Wort, so
73 erklärt der/die Versammlungsleiter*in die Aussprache für geschlossen.
- 74 14. Zu einer Erklärung zur Aussprache (persönliche Erklärung) wird das Wort
75 nach Schluss oder Vertagung der Aussprache erteilt. Der Anlass ist dem/der

76 Versammlungsleiter*in oder einem anderen von dem/der Versammlungsleiter*in
77 beauftragten Präsidiumsmitglied bei der Wortmeldung mitzuteilen. Mit einer
78 solchen Erklärung dürfen nur Äußerungen, die sich der bei Aussprache auf
79 die eigene Person bezogen haben, zurückgewiesen oder eigene Ausführungen
80 richtiggestellt werden, sie darf nicht länger als 5 Minuten dauern.

81 15. Zu einer tatsächlichen oder persönlichen Erklärung außerhalb der
82 Tagesordnung kann der/die Versammlungsleiter*in das Wort vor Eintritt in
83 die Tagesordnung oder nach Abschluss eines Tagesordnungspunktes erteilen.
84 Die Erklärung ist ihr/ihm vorher schriftlich mitzuteilen, sie darf nicht
85 länger als 5 Minuten dauern.

86 § 4 Anträge

87 1. Alle Anträge, inklusive Dringlichkeits- und Änderungsanträge sowie
88 Bewerbungen werden über Antragsgrün bei der Antragskommission eingereicht.
89 Die Angabe enthält Name und Kreisverband der beantragenden Mitglieder und
90 Wortlaut des Antrages. Dazu sind zum Zwecke der Kontaktaufnahme eine
91 Mailadresse und eine Mobilfunknummer zu hinterlegen. Zusätzlich wird bei
92 von Mitgliedern gemeinschaftlich gestellten Anträgen das Geschlecht
93 abgefragt, um den Frauenanteil bei den Antragsteller*innen darzustellen.

94 2. Gemäß §14 (9) der Satzung wird über die Empfehlungen der Antragskommission
95 zuerst abgestimmt. Über ihre Verfahrensvorschläge zu den Anträgen und
96 Änderungsanträgen zu einem Tagesordnungspunkt wird unmittelbar vor
97 Befassung dieser Anträge abgestimmt.

98 3. Änderungsanträge sind in der Regel vor Befassung des Antrages, auf den sie
99 sich beziehen, einzubringen. Der weitestgehende Änderungsantrag ist zuerst
100 abzustimmen. Auf Antrag ist es möglich, Anträge alternativ abzustimmen
101 bzw. Meinungsbilder über verschiedene alternative Anträge zu erstellen.
102 Danach folgt die Schlussabstimmung.

103 4. Anwesende Parteimitglieder können Geschäftsordnungsanträge stellen. Zu
104 einem Geschäftsordnungsantrag erteilt der/die Versammlungsleiter*in
105 vorrangig das Wort. Der Antrag muss sich auf den zur Verhandlung stehenden
106 Tagesordnungspunkt beziehen. In der Regel ist für einen
107 Geschäftsordnungsantrag neben der Antragsbegründung nur eine weitere
108 Worterteilung möglich, das Wort ist an eine*n Antragsgegner*in zu erteilen
109 (Gegenrede). Auf Antrag kann die Versammlung mit der Mehrheit ihrer
110 anwesenden Mitglieder beschließen, die Debatte über einen
111 Geschäftsordnungsantrag zu eröffnen. Zur Geschäftsordnung darf der/die
112 einzelne Redner*in nicht länger als 3 Minuten sprechen.

113 5. Die Versammlung kann auf Antrag die Beratung auf eine spätere
114 Landesdelegiertenkonferenz vertagen, an den Landesvorstand oder die

- 115 Landtagsfraktion zur Beratung überweisen oder die Aussprache oder die
116 Redeliste schließen.
- 117 6. Der Antrag auf Schluss der Aussprache geht bei der Abstimmung dem Antrag
118 auf Vertagung oder Überweisung, dieser dem Antrag auf Schluss der
119 Redeliste vor.
- 120 7. Soll über einen bereits abgeschlossenen Tagesordnungspunkt eine erneute
121 Aussprache und Beschlussfassung stattfinden, ist ein Rückholungsantrag
122 schriftlich beim Präsidium zu stellen. Dieser ist sofort zu behandeln und
123 benötigt zur Annahme die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden
124 Stimmberechtigten.
- 125 § 5 Abstimmungen
- 126 1. Der/die Versammlungsleiter*in stellt die Fragen so, dass sie sich mit Ja
127 oder Nein beantworten lassen. Sie sind in der Regel so zu fassen, dass
128 gefragt wird, ob die Zustimmung erteilt wird oder nicht. Über die Fassung
129 kann das Wort zur Geschäftsordnung verlangt werden. Bei Widerspruch gegen
130 die vorgeschlagene Fassung entscheidet die Versammlung.
- 131 2. Jede*r Versammlungsteilnehmer*in kann die Teilung der Frage beantragen.
132 Ist die Zulässigkeit der Teilung zweifelhaft, so entscheidet der/die
133 Antragsteller*in. Unmittelbar vor der Abstimmung ist die Frage auf
134 Verlangen vorzulesen.
- 135 3. Abgestimmt wird durch Handzeichen. Soweit die gesetzlichen Bestimmungen,
136 Satzung der Partei oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben,
137 entscheidet die einfache Mehrheit. Stimmgleichheit verneint die Frage.
- 138 4. Soweit gesetzliche Bestimmungen, Satzungen der Partei oder diese
139 Geschäftsordnung geheime Wahlen oder Abstimmungen vorschreiben, ist
140 entsprechend zu verfahren.
- 141 5. Ist das Präsidium über das Ergebnis einer offenen Abstimmung nicht einig,
142 so werden die Stimmen gezählt. Auf Anordnung des Präsidiums kann – wenn
143 auf andere Weise das Ergebnis nicht zu ermitteln ist – eine schriftliche
144 Abstimmung durchgeführt werden.
- 145 6. Schriftliche Abstimmung kann bis zur Eröffnung der Abstimmung von
146 anwesenden fünf von Hundert der gemeldeten Delegierten beantragt werden.
- 147 7. Schriftliche Abstimmung ist unzulässig über
148 1. Sitzungsdauer und Tagesordnung
149 2. Vertagung
150 3. Schluss der Aussprache oder Schluss der Redeliste
151 4. Überweisung an den Landesvorstand
152 5. Teilung der Frage
- 153 8. Geheim durchzuführende Wahlen und schriftliche Abstimmungen können
154 elektronisch durchgeführt werden. Wo eine elektronisch durchgeführte Wahl
155 gesetzlich nicht möglich oder von der Versammlung anders gewünscht ist,
156 kann auf elektronischem Wege auch ein Meinungsbild eingeholt werden, zu

157 dem eine anschließende schriftliche Bestätigungswahl durchgeführt wird.
158 Bei geheimen Wahlen und schriftlichen Abstimmungen kann die Software
159 Abstimmungsgrün eingesetzt werden. Die Nutzung von elektronischer
160 Abstimmungsmöglichkeiten erfolgt anonym, die abgegebenen Stimmen können
161 den Delegierten nicht individuell zugeordnet werden. Vor dem Einsatz von
162 elektronischen Abstimmungssystemen wird das System ausführlich erklärt und
163 eine Testabstimmung durchgeführt.

164 § 6 Beschlussfähigkeit

- 165 1. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die
166 Hälfte der gemeldeten Delegierten anwesend ist. Wird vor Beginn einer
167 Abstimmung die Beschlussfähigkeit von mindestens 5
168 Versammlungsteilnehmer*innen bezweifelt, so ist in Verbindung mit der
169 Abstimmung die Beschlussfähigkeit durch Zählen der Stimmen festzustellen.
170 Nach Feststellung der Beschlussunfähigkeit ist die
171 Landesdelegiertenkonferenz sofort zu schließen. Das Präsidium kann die
172 Abstimmung auf kurze Zeit aussetzen. Stimmenthaltungen und ungültige
173 Stimmen zählen bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit mit.
- 174 2. Das Präsidium kann eine beschlussunfähige Landesversammlung innerhalb von
175 24 Stunden zu einem beliebigen Zeitpunkt durch Aushang in den vorher
176 angekündigten Versammlungsräumen wieder einberufen. Diese
177 Landesversammlung ist dann beschlussfähig, wenn sie es auch entsprechend
178 den normalen geschäftsordnungsgemäßen Bedingungen ist.

179 § 7 Barrierefreiheit

180 Damit alle Mitglieder ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen können, müssen alle
181 Veranstaltungen barrierefrei sein. Das heißt zum Beispiel, das das Podium für
182 alle stufenlos erreichbar sein muss. Die Landesdelegiertenkonferenzen werden
183 grundsätzlich von Gebärde- bzw. Schriftdolmetschung/ Untertitelung begleitet.
184 Gegebenenfalls notwendige weitere Hilfen werden per Bedarfsabfrage ermittelt.
185 Auch blinden oder sehbehinderten Delegierten ist eine gleichberechtigte Teilhabe
186 zu ermöglichen. Bedarfe von Delegierten mit sichtbaren und nicht sichtbaren
187 Behinderungen sind gleichermaßen zu berücksichtigen und werden vorab abgefragt.

188 § 8 Protokoll

189 Über die Landesdelegiertenkonferenz ist ein Protokoll zu erstellen. Es ist
190 spätestens sechs Wochen vor der nächsten Landesdelegiertenkonferenz an die
191 Kreisverbände zu versenden. Erfolgt bis zu Beginn der folgenden
192 Landesdelegiertenkonferenz kein Einspruch, so gilt das Protokoll als bestätigt.
193 Über eventuelle Einsprüche entscheidet die Landesdelegiertenkonferenz.

194 § 9 Sonstiges

- 195 1. Gäste sind mindestens zwei Wochen vor der LDK bei der
196 Landesgeschäftsstelle anzumelden. Das grundsätzliche Recht der Mitglieder
197 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW, an der LDK teilzunehmen, wird durch diese

- 198 Regelung lediglich ausgestaltet, um ihre Teilnahme logistisch
199 gewährleisten zu können.
- 200 2. Der Landesvorstand übt im Sinne des Mietvertrages mit der Hallenverwaltung
201 das Hausrecht aus.

Begründung

Die aktuelle Version unserer Geschäftsordnung der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) ist inzwischen etwas in die Jahre gekommen und deshalb haben wir uns dazu entschieden, eine neue Version zu erarbeiten. Unsere Zielsetzung war es, an den bewährten Abläufen und Regelungen unserer Parteitage festzuhalten und diese so zu ergänzen, dass sie den Anforderungen einer modernen Parteiarbeit entsprechen.

In ihrer Neufassung haben wir die Geschäftsordnung übersichtlicher gestaltet und an die Errungenschaften der digitalen Parteiarbeit angepasst. Das betrifft insbesondere die Aufnahmen von Regelungen zu Abstimmungs- und Antragsgrün, die nun in der GO geregelt sind. Bei der Ausgestaltung haben wir uns an den Beschlüssen der letzten Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) und an den bewährten Verfahren auf Bundesebene orientiert. Mit der Neufassung würden zudem neue Regelungen zur Senkung von Barrieren bei LDKen Einzug in die Geschäftsordnung, insbesondere mit der Möglichkeit auf Redezeitverlängerung §3 (10) stärken wir die Teilhabe bei unseren Parteitag.